



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Massow, Wilhelm von: Neue Arbeit im Reichstag

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Neue Arbeit im Reichstag

Von Wilhelm von Massow



Als der jetzige Reichstag zu Anfang des Jahres 1907 zusammentrat, und die Augen der Mehrheit des deutschen Volks nach längerer Zeit zum erstenmal wieder hoffnungsfreudig auf seiner parlamentarischen Vertretung ruhten, haben wohl selbst die berufsmäßigen Schwarzseher nicht geglaubt, daß schon die zweite Session dieses Reichstags im Zeichen vollständiger Unklarheit und gründlicher Verstimmung eröffnet werden würde. Leider ist kein Zweifel möglich: das Barometer der innern Politik des Reichs steht so tief, wie seit langer Zeit nicht, und wir haben auf manchen Sturm zu rechnen. Soweit es also überhaupt möglich ist, etwas darüber vorauszusagen, müssen wir uns auf einen recht unerfreulichen parlamentarischen Winterfeldzug gefaßt machen.

Wenn wir wieder vor einer großen, die Lage beherrschenden politischen Frage stünden, dann würde es vielleicht eher gelingen, die Aufmerksamkeit mehr von der Vergangenheit abzuziehen und sie auf die vor uns liegende Arbeit hinzulenken. In Wirklichkeit ist aber zu fürchten, daß die Neigung zu verhängnisvollen Rückblicken auf das Vergangne stärker sein wird als der Zwang, praktische Arbeit für die Zukunft zu leisten; denn größere Aufgaben, von denen ein solcher Zwang ausgehen könnte, werden kaum vorhanden sein. Zwar wird wohl versucht werden, die Strafrechtsreform ein gutes Stück zu fördern, aber schon die Reform der Strafprozeßordnung hat noch einen weiten Weg zu durchmessen, bis das neue Gesetz fertig ist — ganz zu schweigen von dem neuen Strafgesetzbuch, dessen erster, vorläufig der öffentlichen Kritik unterbreiteter Entwurf nur die Einleitung zu der Vorarbeit ist, die der verfassungsmäßigen Behandlung durch die gesetzgebenden Gewalten des Reichs voranzugehen hat. Es bleibt also als Hauptarbeit für die jetzt beginnende Reichstagsession der Etat für das Rechnungsjahr 1910, und da das Osterfest noch einige Tage vor den Schluß des laufenden Etatsjahrs fällt, so ist schon durch diesen zufälligen

Umstand dafür gesorgt, daß die Arbeitszeit des Reichstags vor Ostern ganz durch den Etat ausgefüllt wird. Daß unter solchen Umständen eine wesentliche Arbeit noch nach Ostern geleistet werden könnte, ist nach allen bisherigen Erfahrungen nicht zu erwarten, und die ganzen Verhältnisse sind auch nicht danach angetan. Es wäre nicht gut, dem Reichstag in dieser nächsten Tagung mehr zuzumuten, als absolut notwendig ist.

Wie wird nun aber die Etatsberatung verlaufen? Das muß sich schon sehr bald entscheiden, denn die erste Beratung des Etats, die den Charakter einer Generaldebatte über die gesamte, mit Finanzfragen zusammenhängende Führung der Staatsgeschäfte hat, dient nach altem parlamentarischem Herkommen dazu, eine allgemeine Aussprache über alle politischen Fragen herbeizuführen, die die Öffentlichkeit zurzeit beschäftigen oder in der stillern, parlamentslosen Zeit etwa beschäftigt haben. Handelt es sich nur um die gewöhnlichen Gegensätze der Parteienanschauungen, die gern im Anschluß an bestimmte, allgemein bekannt gewordene Vorfälle erörtert werden, so pflegt die Generaldebatte über den Etat nicht gerade aufregend oder von besonderer Neuheit zu sein, und es hängt mehr oder weniger von Zufällen ab, ob es hier und da dramatisch bewegte Verhandlungen gibt, oder ob sich alles im gewohnten Geleise ruhiger Sachlichkeit bewegt. Setzt aber stehen sich die Parteien in bitterböser Stimmung gegenüber, und deshalb möchte man eher die entgegengesetzte Prognose stellen: die Führer der Parteien und die besonnenen Parlamentarier werden wohl mit der besten Absicht kommen, zwecklosen Streit über Geschehenes zu vermeiden und die Debatte auf die sachlichen Aufgaben der Gegenwart gerichtet zu halten, aber die Parteien insgesamt und die hinter ihnen stehenden Wähler sind geladnen elektrischen Batterien vergleichbar, sodaß wohl die Funken hinüber und herüber springen werden.

Es bedarf wohl kaum einer besondern Auseinandersetzung, daß die jetzt zwischen den Parteien herrschende allgemeine Gereiztheit größere Gefahren für eine ersprießliche Parlamentsarbeit in sich birgt als der natürliche Gegensatz der Meinungen, der unter gewöhnlichen Umständen in den Debatten zum Ausdruck kommt. Es kommt eben noch die leidenschaftliche Erregung hinzu, die aus den gegenseitigen Anklagen entspringt, und diese Anklagen richten sich gegen Übelstände, die alle Parteien gemeinsam empfinden, nicht nur — wie sonst gewöhnlich im Parteikampf — die Parteien, die sich mit ihren besondern Wünschen in den Hintergrund gedrängt sehen.

Es ist in den letzten Wochen viel und angelegentlich zum Frieden geredet worden, aber wenn man genauer zusieht, ist eine Wirkung aller dieser gutgemeinten Vorstellungen nirgends zu bemerken. Ja schon zu diesem Urteil gehört ein beträchtlicher Optimismus; die Mehrzahl wird eher geneigt sein, das Gegenteil festzustellen: steigende gegenseitige Erbitterung, je mehr darauf hingewiesen wird, das Unabänderliche ruhen zu lassen und eine neue Grundlage zu weiterer Arbeit zu schaffen. Man mag diese Tatsache tief beklagen

und sie als einen bedauerlichen Mangel an reifer politischer Einsicht kennzeichnen, aber es wird doch nichts andres übrig bleiben, als damit zu rechnen, daß wir auf dem bisherigen Wege nicht weiterkommen. Da sieht es freilich so aus, als ob die Auswege aus dieser unerträglichen Lage sämtlich versperrt wären. Wenn Konservative und Liberale sinnlos aufeinander losschlagen, arbeiten wir nur für den sich freuenden Dritten, die Sozialdemokratie, und nebenbei für die sorgsame Pflege der größten politischen Unart, über die wir in Deutschland zu klagen haben, die wir überwinden müssen, und die zu überwinden wir schon auf dem Wege waren, nämlich der politischen Gleichgiltigkeit und der Sucht, sich in den Schmolllwinkel zurückzuzieh'n. Wenn nun aber jede der großen Parteien nichts weiter tut, als auf diese übeln Folgen des Streits hinzuweisen und von der Höhe ihrer Selbstgerechtigkeit aus nur zur Verdeckung der begangnen Fehler und zur Vermeidung fernerer, selbstverschuldeter Schwierigkeiten dem Gegner mit vornehmer Geste halb widerwillig die Fingerspitzen hinstreckt, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Antwort Spott und Hohn ist und nur um so heftiger erwidert wird, man möge die Suppe, die man eingebrockt habe, nun gefälligst auch selber auseressen.

So ist es konservativen Blättern gegangen, wenn sie sich bemühten, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen. Es blickte doch immer das Bestreben durch, die erhobnen Vorwürfe als ungerecht und unhaltbar hinzustellen, und das wirkte auf die Gegenseite wieder aufs neue aufreizend und erbitternd, und man stellte die empörte Gegenfrage: Wie? diese Partei hat sich so schwer versündigt und die ganze unliebsame Lage herbeigeführt, und jetzt sollen wir das alles für ungeschehen ansehen und ihnen helfen, die Flut zu beschwören, die sie selbst heraufgerufen haben? Und auch der Hinweis, daß die neue sozialistische Hochflut auch den Liberalismus schädigen muß, blieb wirkungslos; dieser Hinweis hat für zahlreiche bürgerliche Kreise, die ihrer innern Überzeugung nach vom Sozialismus weltentfern stehen, schon jeden Schrecken verloren, weil der Haß gegen das herrschende Regiment die frühere Furcht vor dem roten Gespenst längst überwuchert hat, und das um so mehr, als diese Furcht infolge der Beobachtungen von langjähriger Dauer ohnehin sehr zusammengeschrumpft ist und sich in ein gewöhnliches, stark mit Geringschätzung gemischtes Unbehagen verwandelt hat. Wohlgemerkt, wir schildern hier nicht, was sein sollte, oder was wir für richtig halten, sondern was ist.

Aber auch die Liberalen haben entsprechende Erfahrungen gemacht, wenn gelegentlich in ihrer Presse der Versuch gemacht wurde, sich ganz auf den Boden des gegenwärtigen Bedürfnisses zu stellen und zum Frieden mit den Konservativen zu raten. Dann bekamen auch sie die höhnische Antwort zu hören: Ihr habt uns die ganze Schuld an den gegenwärtigen Übelständen aufgebürdet und gegen uns in ganz unverantwortlicher Weise gehetzt; jetzt wollt ihr uns gegenüber die Rolle der Großmut spielen und verlangt von uns, daß wir alles vergessen sollen?

Man könnte unter diesen verzweifeltsten Verhältnissen auf den Gedanken kommen, dem Reichstage jene Eisenbartkur zu verordnen, von der öfter die Rede gewesen ist, nämlich die Dinge laufen zu lassen auf die Gefahr hin, daß wir im Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit bekommen, die dann vor die absolute Notwendigkeit gestellt sein würde, positive politische Arbeit zu leisten. Da bei dem Charakter der deutschen Sozialdemokratie in allen bürgerlichen Parteien die Überzeugung herrscht, daß dann die völlige Unfähigkeit derer um Bebel an den Tag kommen müsse, so denkt man sich wohl, daß wir auf diesem Wege von unsern politischen Schmerzen gründlich geheilt werden könnten. Bei tieferm Nachdenken über das Wesen unsers Volks und Staats wird man wohl diese Meinung nicht aufrecht erhalten können. Unwillkürlich muß man dabei an die Worte denken, die Fürst Bülow am 26. März 1908 in seiner Rede über das allgemeine Wahlrecht mit Bezug auf dieses Thema gesprochen hat. Er sagte damals: „Nun weiß ich wohl, meine Herren, daß ein Teil der bürgerlichen Linken so kalkuliert: Gewiß, bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen werden wir zunächst von der sozialdemokratischen Flut verschlungen werden, aber das ist nur ein Übergangsstadium, die Flut wird sich verlaufen, und dann wird der liberale Weizen blühen. Ach, meine Herren, die Melodie kenne ich, die Theorie kenne ich; die ist mir auch anderswo begegnet, zum Beispiel in Frankreich, wo man sie die *théorie de la mer rouge* nennt, die Theorie vom Roten Meere; erst kommt das Rote Meer des Radikalismus, dann gelangt man in das gelobte Land, wo Milch und Honig fließt. Das Unglück ist nur: wer nicht Moses und Aron zu Führern hat, der pflügt im Roten Meere zu ersaufen.“

Wir können also auf keine Weise um das Problem herumkommen. Was soll aber geschehen? Es ist aussichtslos, auf die bürgerlichen Parteien einzureden, daß sie die Kampfstimmung gegeneinander fahren lassen. Und doch müssen wir auf irgendeine Weise dahin gelangen, daß das Zusammenarbeiten zwischen Konservativen und Liberalen wieder möglich wird. Die allgemeine Bereitwilligkeit dazu wird von den Konservativen jetzt nur so weit erklärt, als es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt. Eine Gemeinschaft gegen diesen Feind kann natürlich nicht zurückgewiesen werden. Aber zugleich wird mit einer gewissen Beflissenheit hervorgehoben, daß sich dieser neue Block außer seinem beschränkteren Ziel auch durch die andre Zusammensetzung von dem Bülow'schen Block unterscheiden müsse; er müsse alle bürgerlichen Parteien und somit auch das Zentrum umfassen.

Um diesen Unterschied schärfer hervortreten zu lassen und gleichzeitig ihre Auffassung von dem angeblichen „Frrtum“ der Bülow'schen Blockidee recht einleuchtend zu gestalten, arbeiten die konservativen Wortführer neuerdings wieder sehr stark mit der Behauptung, Fürst Bülow habe das Zentrum grundsätzlich ausschalten wollen. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Fürst Bülow ist sich selbstverständlich vollkommen darüber klar gewesen, daß

das Zentrum niemals eine der Sozialdemokratie parallele Stellung einnehmen kann, das heißt daß das Zentrum sich nicht mit einer lediglich verneinenden, auf jede positive Mitwirkung verzichtenden Rolle begnügen darf. Das Zentrum muß schon deshalb auf entsprechende Mitwirkung an der nationalen Gesetzgebung bedacht sein, weil die Bedürfnisse derer unter seinen Anhängern, die mit ihrer Partei nur durch die katholische Weltanschauung verbunden und dabei gute Patrioten sind, eine solche Stellungnahme fordern. Daneben ist aber die Tatsache zu berücksichtigen, daß eine Partei, die so viele — zum Teil entgegengesetzte Extreme darstellende — politische Anschauungen umfaßt, die insolgedessen gar keinen erkennbaren politischen Charakter hat und ganz ausschließlich durch religiös-kirchliche Interessen zusammengehalten wird, ganz natürlich auch Vertretung und Werkzeug der äußerlichen und weltlichen Interessen und Machtgelüste werden muß, die im Gewande der katholischen Anschauung und im Zusammenhang mit der Organisation der Kirche erscheinen, in Wirklichkeit aber die Gefährdung und Untergrabung des konfessionellen Friedens und die Bedrohung nationaler Güter zum Ziel haben. Da diese Bestrebungen, denen das Zentrum zu dienen pflegt, international sind und das deutsche Volk zugleich wegen seiner konfessionellen Spaltung dadurch mehr als jedes andre bedroht wird, so kann das Zentrum nach seinem innersten Wesen kein zuverlässiger Bundesgenosse einer nationalen Politik sein. Daher wird eine nationale Politik dafür sorgen müssen, daß dem Zentrum, soweit es wirklich die legitime politische Vertretung der deutschen Katholiken ist, sein Recht und eine entsprechende Mitwirkung gesichert bleibt, zugleich aber auch verhindert wird, daß es in nationalen Fragen eine ausschlaggebende Stellung erhält. Wie man sieht, ist von „grundfählicher Ausschaltung“ des Zentrums keine Rede.

Die ausschlaggebende Stellung des Zentrums in nationalen Fragen kann nur dadurch verhindert werden, daß in solchen Fällen ein vertrauensvolles Zusammengehen von Konservativen und Liberalen gesichert wird. Das hat jedoch zur Voraussetzung, daß die Beziehungen zwischen Konservativen und Liberalen nicht durch leidenschaftliche Stimmungen vergiftet werden und die natürlichen Gegensätze dieser beiden Anschauungen das vernünftige, sachlich gebotne Maß nicht überschreiten. Außerdem darf das Gebiet, auf dem eine solche Verständigung stattfinden soll, nicht über Gebühr eingeengt werden. Die Konservativen glauben, daß alles, was in dieser Beziehung verlangt werden kann, zur Genüge gesichert ist, wenn sie selbst in der Lage sind, je nach dem besondern Fall bald mit dem Zentrum, bald mit den Liberalen eine Mehrheit zu bilden. Und kommt es denn nicht wirklich auf dasselbe hinaus, wenn in allen den Fragen, wo das Zentrum in bezug auf seine nationale Haltung nicht zuverlässig genug erscheint, die Konservativen die Verständigung mit den Liberalen suchen? Was schadet es denn, wenn sie in andern Fragen, bei denen solche nationale Gesichtspunkte nicht in Betracht kommen, mit dem Zentrum zusammengehen? Kann man es ihnen denn so sehr verübeln, wenn sie die

Gelegenheit, selbst ausschlaggebende Partei, das Zünglein an der Waage zu sein, ausnutzen wollen? „Wenn mans so hört, möchts leidlich scheinen.“ Aber es bleibt dabei ein großes Fragezeichen bestehen, nämlich: wie wird die Sache, wenn sich das Zentrum in dieses Schema nicht geduldig einfügt und nicht als bescheidenes Mauerblümchen wartet, bis es der konservative Cavalier zum Tanze holt? Mit andern Worten: es kann jeden Augenblick der Fall eintreten, daß sich Konservative und Liberale als Gegner gegenüberstehen, das Zentrum aber der freundlichen Aufforderung der Konservativen, ihnen gegen die Liberalen beizustehn, eine runde Absage erteilt und sich den Liberalen in die Arme wirft. Es ist von jeher der Fehler der konservativen Partei gewesen, die demokratischen Strömungen und Neigungen im Zentrum zu gering einzuschätzen. Es kommt das wohl daher, daß in den Landesteilen, in denen die Konservativen ihre stärkste Stütze haben, die Hauptvertreter des Zentrums meist der katholischen Aristokratie angehören oder sich an sie anlehnen und darum politisch konservativ gefärbt sind. Auch spukt in den Köpfen das alte, nur in sehr engbegrenztem Sinne richtige Schema, daß der Liberalismus den „Unglauben“ repräsentiert und Konservative und Zentrum gemeinsam den „Glauben“ zu verteidigen berufen sind. Aber der mit dem Hintergrunde des Glaubens und der Weltanschauung stets so scharf geführte Kampf des Zentrums gegen den Liberalismus hindert das Zentrum selbst keinen Augenblick, nicht nur der Entwicklung des Staats zur Demokratie jeden Vorschub zu leisten, sondern auch bei Wahlen und Abstimmungen mit den Liberalen zusammenzugehen, sobald für sie irgend ein Vorteil dabei herauspringt. Nun ist weiter zu bedenken, daß nicht nur in liberalen Kreisen jedes Zusammengehen von Konservativen und Merkmalen eine neue Flutwelle von Haß und Mißtrauen gegen die rechtsstehenden Parteien erzeugt, sondern daß auch in konservativen Kreisen eine sehr starke Abneigung gegen die Freundschaft der Partei mit dem Zentrum besteht. Das bedeutet, daß das wiederholte und gewissermaßen schon prinzipiell vorgesehene Zusammengehen von Konservativen und Zentrum je länger je mehr ungünstige Folgen haben muß. Die Konservativen ziehen damit im Schoße ihrer eignen Partei latente Widerstände groß, die sich in Gleichgiltigkeit oder Unzufriedenheit äußern, und sie verlieren allmählich die Möglichkeit des Bündnisses mit den Liberalen auch in den Fällen, wo sie es im nationalen Interesse selbst suchen. Ist aber erst einmal wieder dauerndes Mißtrauen und feststehende Abneigung zwischen Konservativen und Liberalen die Regel geworden, dann wird die ganze Berechnung von der doppelten Mehrheit, die die Konservativen einmal so und einmal so herzustellen vermögen, vollständig über den Haufen geworfen, und das Zentrum ist nun die Partei, die von Fall zu Fall zwischen Konservativen und Liberalen optiert, gelegentlich auch mit Hilfe der Sozialdemokratie die ganze Gesetzgebung matt zu setzen vermag. Kurz und gut: nicht die konservative Partei, sondern das Zentrum wird wieder die ausschlaggebende Partei.

Anderes, wenn sich Konservative und Liberale grundsätzlich über einen Kreis von Fragen verständigen, bei denen sie zusammenhalten wollen, weil diese Fragen entweder überhaupt nichts mit Parteiprinzipien zu tun haben oder so sehr Lebensfragen der Nation sind, daß sie gelöst werden müssen und gegenseitige Zugeständnisse der gegensätzlichen Parteianschauungen gebieterisch fordern. Für diese Fragen muß eine feststehende Mehrheit gesichert sein, wenn antinationale Einflüsse mit einiger Sicherheit ferngehalten werden sollen. Es bleiben noch andre Aufgaben genug, an denen konservative und liberale Anschauungen ihre Kräfte messen und wo sie einander gegenüber treten können. Dann schadet es auch nichts, wenn die Abstimmung den einen oder den andern Teil mit Zentrum oder Sozialdemokratie zusammenführt. Wenn es uns nun aber gelingt, solche Beziehungen der Parteien herzustellen, dann sind wir eben wieder beim Bülow'schen Block angelangt.

Doch wie kommen wir nun aus dem jetzigen Dilemma heraus, das uns einerseits zwingt, den Friedensschluß zwischen Konservativen und Liberalen anzustreben, andererseits uns die Überzeugung gibt, daß beide Teile diesem Bestreben den stärksten Widerstand entgegensetzen? Es ist kaum ein anderer Ausweg denkbar, als daß eine gewisse Umwandlung innerhalb der Parteien vor sich geht. In der konservativen Partei haben sich Ansätze dazu gezeigt. Die Begründung der sogenannten „konservativen Vereinigung“ ist in diesem Sinne aufzufassen. Sie will die Partei nicht sprengen, nicht das Programm der Partei aufgeben, sondern nur die Elemente, die den letzten Wegen der Führer und der parlamentarischen Fraktionen nicht zu folgen vermochten, sammeln und organisieren, um ihnen einen stärker wirkenden Einfluß innerhalb der Partei zu sichern. Eine solche Organisation ist allerdings eine Unbequemlichkeit für die Parteiführung; denn wenn sie ihre Stellung richtig und maßvoll zu wahren weiß, macht sie den selbstherrlichen Führern den Kunstgriff unmöglich, jede sich regende Kritik innerhalb der Partei als „liberale“ Machte abzuschütteln. Aber es ist auch sonst zu bemerken, daß große konservative Blätter, wenn sie auch der neuen Bewegung noch etwas unwirsch entgegen treten, doch nicht mehr in der schroffen Ablehnung jeder Diskussion über die Richtigkeit ihrer Haltung verharren. Dem steht aber noch der Einfluß der rein agrarischen Presse entgegen, und noch ist nicht zu erkennen, ob es der Partei glücken wird, diesen intransigenten Einflüssen gegenüber die volle Selbstständigkeit wiederzuerlangen und zu behaupten, die eine große politische Partei selbst dann wahren muß, wenn sie in einer mächtigen wirtschaftlichen Organisation ihre stärkste Stütze sieht. Aber auch der Bund der Landwirte könnte einsehen, daß eine selbständige konservative Partei, in der ja auch das städtische Element die wahren Interessen der Landwirtschaft stets verstehen und fördern wird, ihr eigentlich mehr nützt als eine Partei, deren Haltung überall den Anschein erwecken muß, als empfinde sie ihre Direktiven von der Leitung des Bundes.

Auch für die Liberalen ist es jetzt die höchste Zeit, von den schweren Fehlern zurückzukommen, in die sie sich durch die leidenschaftliche Erregung über die Entwicklung der Dinge seit der Sprengung des Blocks und dem Rücktritt des Fürsten Bülow haben verstricken lassen. Die beständige Aufpeitschung der Entrüstung über die neuen Steuern ist eine Torheit. Denn es bleibt doch unbestreitbar richtig: wenn die Konservativen die Nachlaststeuer bewilligt hätten, so wären die Liberalen vor die Wahl gestellt gewesen, entweder das Odium für das Scheitern der Reichsfinanzreform auf ihre Schultern zu nehmen oder gerade die Steuern mitzubewilligen, über die sie jetzt in allen Tonarten schreien. Das kann doch von den Liberalen ruhig anerkannt werden an Stelle der Deklamationen, die auf sie nur den Schatten der Unehrllichkeit werfen. Überdies helfen sie dadurch ihren Gegnern, sich zu rechtfertigen, und geben ihre eigne beste Waffe aus der Hand. Der Liberalismus hat ohnehin mit seiner Zersplitterung genug zu kämpfen und erschwert es seiner Führung, feste Ziele ins Auge zu fassen und nach ihnen in positiver Arbeit zu streben. Also auch auf dieser Seite ist eine Erneuerung und eine feste Zusammenfassung der Kräfte notwendig.

Und die Regierung? Vor allem der neue Reichskanzler? Es ist jetzt viel davon die Rede, daß Herr v. Bethmann Hollweg eine stärkere Zurückhaltung übt, als erwartet worden ist, und als die Ungeduld der eifrigen Politiker für richtig hält. Wir haben hier absichtlich diese Frage nicht in den Vordergrund gestellt, weil wir meinen, daß die Schwierigkeiten, die durch die Haltung der Parteien geschaffen worden sind, zunächst vom Volke selbst in ihrem Umfang und Wesen erkannt werden müssen. Dann wird man sich überzeugen, daß mit großen programmatischen Erklärungen an dem, was uns heute bedrückt, nicht viel zu ändern ist, solange nicht die Parteien selbst erkennen, daß auf dem Boden, wohin sie im Verlauf eines unabsehbaren Streits geraten sind, überhaupt keine positive, zielbewußte Politik zu machen ist. Wenn wirklich der Reichskanzler in seiner äußerst schwierigen Lage schon jetzt offiziell mit irgendwelchen Kundgebungen hervorgetreten wäre, die in Wahrheit vor das Forum des Reichstags gehören, so würde ihm das wahrscheinlich allgemein als Fehler angekreidet worden sein; es wäre wohl bald genug offenbar geworden, daß die Lage nicht danach angetan war. Eine andre Frage ist, ob es der Regierung unmöglich war, den Auseinandersetzungen der Parteien gegenüber aufklärende, wegweisende und geschickt vermittelnde Einflüsse geltend zu machen. Wir können nicht leugnen, daß der Eindruck dieser Tätigkeit nicht ganz befriedigend ist. Über allgemeine Beschwichtigungen und Ermahnungen ist man nicht hinausgekommen, und es fehlt nicht an Anzeichen, als ob tatsächlich zwischen Regierung und Öffentlichkeit manche Verbindungen versagten, die in Staat und Gesellschaft heute nicht mehr entbehrt werden können. Dennoch wird man mit dem Urteil zurückhalten müssen. Es ist zwar unwahrscheinlich, daß der Reichskanzler sogleich ein Bild großer Pläne entrollen

wird, aber er wird sicherlich vor dem Reichstage aus seiner Zurückhaltung heraustreten und zu verschiedenen Einzelfragen das Wort nehmen. Erst dann wird man urteilen können, wie er an seine Aufgabe herantritt, und dann wird vielleicht auch die übergroße Zurückhaltung, die ihm jetzt von Ungeduldigen vorgeworfen wird, in anderm Lichte erscheinen.

Obwohl für den Reichstag allem Anschein nach nur ein bescheidenes Programm vorliegen und auch der Etat durch äußerste Sparsamkeit dafür sorgen wird, daß zu großen sachlichen Differenzen wenig Anlaß besteht, so beginnt doch mit dem 30. November eine interessante parlamentarische Arbeitsperiode. Schon die Wahl des Präsidiums, in das nun wohl das Zentrum eintreten wird, wird die veränderte Lage zum Ausdruck bringen. Hoffen wir, daß die Befürchtungen, die sich dabei einstellen, nicht durch die Ereignisse gerechtfertigt werden.



Die Entstehung der Religion



it dem (bei Wilhelm Engelmann in Leipzig 1909 erschienenen) dritten „Teile“ des zweiten „Bandes“ (er würde, wenn ihn Buchbinderkunst zustande brächte, beinahe 2000 Seiten stark sein) ist nun der zweite, „Mythus und Religion“ betitelte Teil von Wundts Völkerpsychologie beendet. Erst dieser Band kommt zum eigentlichen Thema des zweiten Teiles.*) Im Umfange eines Zeitschriftenaufsatzes können weder die mit einer Fülle von Beispielen erläuterten verschiedenen Gruppen mythologischer und religiöser Vorstellungen, Glaubensmeinungen und Bräuche charakterisiert, noch kann der außerordentlich verwickelte Prozeß dargestellt werden, in dem die menschliche Vernunft von den ersten falsch verstandnen Eindrücken der Außenwelt durch einen rohen und kindischen Aberglauben hindurch, sich beständig bereichernd, vertiefend, berichtigend, läuternd, zur höchsten und reinsten geistig-sittlichen Religion emporgestiegen ist. Wir müssen uns darauf beschränken, einige der wichtigsten Ergebnisse — sie sind in Wahrheit sehr wichtig — mitzuteilen. Eines ist schon erwähnt worden. Der zwar kindliche, aber schöne und erhabne, die Ahnung einer ordnenden Weltvernunft durchscheinende Naturmythus der arischen Völker, dessen

*) Der erste Band, der die Sprache behandelt, ist im vierten Bande des Jahrgangs 1904, der erste Teil des zweiten „Bandes“, der hauptsächlich eine der Darstellung der Phantastizität dienende Geschichte der Entstehung der bildenden und der musischen Künste enthält, im vierten Bande 1906, der zweite, einigen Elementen des Mythus (Vorstellungen von der Seele, Animismus, Animalismus, Manismus, Dämonenglaube) gewidmete Teil im ersten Bande des Jahrgangs 1908 besprochen worden.